



Mildbader Tagblatt

Enzthalbote Wildbader Zeitung
Amtsblatt und Anzeiger für Wildbad
und das obere Enzthal

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertage. Bezugspreis monatlich 1.20 RM. frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im Inlande monatlich 1.00 RM. Einzelnummer 10 Pf. — Girokonto Nr. 30 bei der Oberamtspostamt Reutlingen Zweigstelle Wildbad. — Postkonto: Enzthal bei Hüller & Co., Wildbad; Vöhrleimer Gewerbebank Filiale Wildbad. — Postcheckkonto 20174 Stuttgart.
Anzeigenpreis: Die einseitige Zeile über dem Raum im Bezirk Grundpreis 15 Pf., außerhalb 20 Pf. — Restbetrag 50 Pf. Rabatt nach Tarif. Für Offerten und bei Anzeigenstellung werden jeweils 10 Pf. mehr berechnet. — Schluß der Anzeigenannahme täglich 9 Uhr vormittags. — In Kontoforderungen oder wenn gerichtliche Beitreibung notwendig wird, fällt jede Nachlässigkeit weg.
Druck, Verlag und Schriftleitung: Theodor Graf, Wildbad i. Schw. Wilhelmstraße 86, Telefon 479. — Wohnung: Haus Bollmer

Um deutsches Schicksal

Zur Eröffnung der Abrüstungskonferenz am 2. Februar
 Nun ist es so weit: Die Propaganda und Gegenpropaganda der an der großen Weltabrüstungskonferenz vorwiegend interessierten Staaten hat den Höhepunkt erreicht und gleichzeitig sind aus allen Teilen der Welt die Vertreter von 63 Staaten in Genf zusammengetreten, um am Verhandlungstisch die Güte ihrer Sache, ihre Willensstärke und ihr diplomatisches Geschick zu messen, um auf offenen und verschlungenen Wegen für ihre Ziele zu kämpfen, wobei Lockung und Druck wieder ihre Rolle spielen werden.

Das deutsche Volk hat in den letzten Wochen Gelegenheit genug gehabt, die Bedeutung dieser ganzen Frage endlich einmal innerlich zu erfassen. Nicht nur durch die aufklärenden Reden und Schriften, die sicherlich einige Wirkung getan haben, sondern mehr noch durch die Weltereignisse, rings um Deutschland und draußen im Fernen Osten, die eine Sprache reden, die auch der einfachste Mann verstehen muß. „So geht es den Waffenlosen und Schlechtgerüsteten auch im Zeitalter des Völkerbunds und der Friedenspakete!“ — das muß gerade für Deutschland die Lehre sein, die wir vor allem aus den Kämpfen in Ostasien zu ziehen haben. Noch niemals hat es einen besseren Beweis dafür gegeben, daß die Sicherheit des einzelnen, aber auch der Friede der Welt, den schnellsten Ausgleich der großen Machtunterschiede verlangen, wobei der Weg selbst nicht das eigentlich Entscheidende ist. Der geistige Kampf für die Grundlagen der Abrüstungskonferenz ist von deutscher Seite überwiegend mit der Forderung nach „Abrüstung der anderen“ geführt worden als Rechtsforderung aus dem Versailler Vertrag und aus dem Völkerbundspakt. Gewiß handelt es sich hier um klare deutsche Rechtsmittel oder richtiger noch um einen Bruch zweifelhafte Verträge zwischen Deutschland und den ausgerüsteten Mächten, der Deutschland schon seit vielen Jahren eigentlich das Recht gegeben hätte, auch seinen eigenen Rüstungsstand selbständig und nach eigenen Bedürfnissen festzusetzen. Was lag bei der Einstellung unserer Gegner, vor allem Frankreichs, näher, als daß man Deutschland von Jahr zu Jahr weiter vergrößerte, die Abrüstungskonferenz immer von neuem verschob und inzwischen durch sprunghafte Neurrüstungen den Rüstungsunterschied noch vergrößerte und Deutschlands Lage auf der Konferenz immer ausichtsloser machte. Zehn Jahre lang, nach der heute einfach unvorstellbaren Zertrümmerung der deutschen Wehrmacht, die Zehntausende von Geschützen, mehr als hunderttausend Maschinengewehre und Minenwerfer, Tausende von Flugzeugen, mehr als zehntausend Flugzeugmotoren, Millionen von Gewehren, riesenhafte Mengen von Munition, die technisch beste Kriegsschiffe der Welt, mit zahllosen Tauchbooten, Festungen und Waffenfabriken umfaßte, hat man im Lager unserer Kriegsgegner keinen Finger gerührt, um dem Beispiel Deutschlands zu folgen, sondern hat genau das Gegenteil getan. Denn auch da, wo einzelne Staaten sich auf Herabsetzung der Dienstzeit oder des aktiven Mannschaftsstands berufen können, ist die Gesamtstärke und die Schlagkraft der Heere und teilweise auch der Flotten, durch eine gewaltige, vor dem Weltkrieg noch unbekannte Anhäufung modernster technischer Kriegsmittel aller Art, vor allem aber durch den Ausbau der Flugwaffe, außerordentlich gesteigert worden.

In dieser Lage geht Deutschland zur Abrüstungskonferenz. Es fordert die Abrüstung der anderen, nach dem Vorbild Deutschlands, mit denselben Methoden und in demselben Umfang. Ist es nötig, zu sagen, daß die Erfüllung dieser gut klingenden und an sich gerechten Forderung, schon angesichts der ganzen Weltlage, die aber mehr noch natürlich infolge der Einstellung Frankreichs und der von ihm abhängigen Mächte völlig ausichtslos ist. Denn schon seit langem ist ja zu erkennen, daß man auf gegnerischer Seite einen zweiten großen und endgültigen Täuschungsversuch vorbereitet. Man zeigt eine scheinbare Bereitschaft, einen „ersten Schritt“ zur Verminderung der Rüstungen zu tun, unter der Voraussetzung, daß die unterlegenen und zwangsweise abgerüsteten Staaten mindestens für die nächsten Jahre in ihrer heutigen Ohnmacht verharren. Und Frankreich wird zugleich seine Sicherheitsforderung wieder vorbringen, wird dadurch die ganzen Verhandlungen ungeheuer verwickelt machen und damit nach endlosen, vergeblichen Verhandlungen den allgemeinen Wunsch hervorrufen, wenigstens etwas zu erreichen. Dann würde man, möglichst von allen Seiten, auf Deutschland drücken und uns sagen, daß wir ja doch kein Geld zur Rüstungsverstärkung hätten und allein durch, wenn auch schrittweise, „Abrüstung der anderen“ gewinnen könnten. Hier würde sich dann auch die Verquickung mit der Tribut- und Kreditfrage wie von selbst ergeben.

Diese große Gefahr läuft man, wenn man immer nur die „Abrüstung der anderen“ als das eigentliche Ziel in den Vordergrund stellt, anstatt deutlich zu sagen, worauf es allein ankommen kann. Gewiß ist die Gleichheit der Sicherheit in letzter Zeit auch von amtlicher deutscher Seite, insbesondere vom Reichswehrminister, stärker betont worden. Man muß in Deutschland wissen, daß selbst eine — natürlich praktisch nicht in Frage kommende — wirkliche Abrüstung in anderen

Tagespiegel

Der Hindenburg-Wahlaustrich Dr. Sahms hat einen Aufruf veröffentlicht.
 In Schanghai sind große japanische Verstärkungen sowie weitere Kriegsschiffe und Bombenflugzeuge eingetroffen; das Ständrecht wurde verhängt.
 In Schanghai wurden britische Marineinfanterie sowie ein französisches Bataillon gelandet. In dem Fremdengebiet befinden sich nun 12 000 Mann ausländische Besatzungen ohne die Polizei und die Marineabteilungen.
 Nach einer amerikanischen Meldung hat ein japanischer Kreuzer Nanjing beschossen.
 Nach A.S.-Presse haben die Japaner Truppen in Nanjing gelandet.
 Die japanische Regierung antwortete auf die englische Note, die die japanischen Maßnahmen hätten das Maß des Notwendigen nicht überschritten. England müsse wohl falsch unterrichtet sein.
 Der chinesische General Wupeifu ist in Peking eingetroffen, um an einer Besprechung über die Lage Nordchinas unter Vorsitz Tschangschilangs teilzunehmen.
 Die Völkerbundskommission wird mit Flugzeug von Genf nach China abreisen.

Ländern, durch Vernichtung ungeheurer Kriegsmaterialmengen, noch immer für Deutschland keine gleiche Sicherheit bringen würde, schon weit jenseits unserer Grenzen zwölf Jahrgänge mit den modernsten Waffen geschult und als Soldaten ausgebildet sind, während die deutsche Nachkriegsjugend völlig unausgebildet blieb.

In gleicher Weise muß man in Deutschland wissen, daß es keine Möglichkeit gibt, durch Rüstungsersparnisse, d. h. durch Beschränkung der Rüstungsausgaben irgendeine vermehrte Sicherheit und Gleichheit für Deutschland zu erreichen. Alle Maßnahmen dieser Art, einschließlich etwaiger neuer Rüstungsfeierjahre, würden nichts anderes als Sand in die Augen sein; denn sie würden die riesenhafte, in langen Jahren aufgestapelten modernen Materialmengen und die ausgebildeten Reservisten der anderen völlig unangestrichelt lassen. Und bei Ländern wie Sowjetrußland, Polen usw. sind Aufwendungen für Rüstung überhaupt nicht kontrollierbar. Deshalb kann Deutschland nicht einen Augenblick lang in einem etwaigen Vorschlag zur Kürzung der Rüstungsausgaben eine Erfüllung seiner Ansprüche und Rechte sehen. Auch hier aber ist durchaus mit der Gefahr einer planmäßigen Verdrehung und damit einer gewissen Vereinsamung Deutschlands zu rechnen, sofern wir uns auf das Glatteis solcher Verhandlungen locken lassen. Es kann sein, daß uns der Absprung in Genf jetzt viel schwerer wird, als er früher gewesen wäre, der Absprung zu jener längst fälligen Erklärung, daß wir uns frei von dem zweifelhaften Rüstungsvertrag von Versailles fühlen, nachdem die Gegner seit vielen Jahren diesen von Deutschland peinlich erfüllten Vertrag gebrochen haben und auch heute noch nicht bereit sind, Genugtuung zu geben.

Von den Verhandlungen in Genf haben wir sonst nichts zu erwarten. Sie können bestenfalls zu jener Abrüstungsgeße führen, die von unseren Gegnern, wenigstens von Frankreich und vielleicht auch von England, als nachträgliche Erfüllung ihrer eigenen Erfüllungspflicht erklärt werden soll, eine Geße, die für uns schlechter als nichts wäre. Es gibt deshalb für die deutsche Abordnung nur eine entscheidende Aufgabe: Klarheit zu schaffen, schnelligste Klarheit, und dann zu handeln!

Frankreichs Bedingung für die Rüstungsverminderung

London, 1. Februar. Der Pariser Berichterstatter der „Times“ sagt, alle etwaigen französischen Vorschläge für Rüstungsverminderung dürften von der Bedingung abhängig gemacht werden, daß ein System gegenseitigen Beistands zwischen den Nationen vereinbart werde. Die Anwesenheit Paul-Boncours in Genf deutete darauf hin, daß das Genfer Protokoll von 1924, an dessen Abfassung er beteiligt war und das die ewige Anebelung Deutschlands bedeutet, wieder zum Leben erweckt werden solle.

Die Abrüstungskonferenz gefährdet

Washington, 1. Febr. Dem Weißen Haus nahestehende Kreise sind davon überzeugt, daß die französische Unterstützung des japanischen Vorgehens in China die letzte Hoffnung für einen Erfolg der Abrüstungskonferenz raubt. Staatssekretär Stimson trifft auch vorläufig keine Vorbereitungen für die Abfahrt nach Genf. Es herrscht die Ueberzeugung vor, daß Japan die französische Hilfe durch Zugeständnisse für Genf erkaufte und ebenfalls für den Grundsatz: „Keine Abrüstung ohne Sicherheit“ eintreten würde.

Vom chinesischen Kriegsschauplatz

Der Krieg im Fernen Osten ist zwar förmlich nicht erklärt — die Neutermeldung vom Samstag war recht vorzeitig — aber was da in der Mandchurei und in Schanghai vor sich geht, ist regelrechter Krieg und nichts anderes, mögen auch die Japaner noch so sehr das Gegenteil behaupten, um sich der Beschuldigung des Bruchs des Völkerbunds- und des Kelloggvertrags zu entziehen. Das offizielle Urteil des Bruchs könnte nämlich für Japan allerhand Unannehmlichkeiten zur Folge haben, wenn es sie auch vielleicht im Vertrauen auf die geheime Unterstützung Frankreichs nicht allzusehr zu fürchten scheint.

Neue Kämpfe in Schanghai

Schanghai, 1. Febr. Kurz nach 23 Uhr örtlicher Zeit brach am Sonntag nach mehrstündiger Ruhe ein harter Kampf im nördlichen Teil der Stadt aus. Er begann mit unregelmäßigem Gewehrfeuer. Dann setzte Maschinengewehrfeuer ein und schließlich nahm das Feuer derart zu, daß eine regelrechte Schlacht im Gange war.

Ein japanisches Kriegsschiff gab Maschinengewehrfeuer gegen die Brücke ab, die von der internationalen Niederlassung nach dem Bezirk Hongkew führt. Drei chinesische Flüchtlinge wurden dadurch getötet. Die Japaner eskalierten, das Feuer sei gegen vereinzelte Scharfschützen gerichtet gewesen.

Eine Friedensbesprechung zwischen dem britischen und dem amerikanischen Generalkonsul, dem japanischen Admiral Schiojawa und dem chinesischen Oberbefehlshaber in Schanghai am Sonntag verlief ergebnislos. Während der dreistündigen Besprechung kreisten 17 japanische Bombenflugzeuge über der Stadt.

Tschiangkaiſchek an das Heer

Washington, 31. Jan. (Reuter.) In einem von einem amerikanischen Zerstörer aufgefundenen Funkpruch Tschiangkaiſcheks an das chinesische Heer heißt es, die Politik der Nankingregierung sei gewesen unbedingter Widerstand ohne ausdrückliche Kriegserklärung.

Die Japaner haben vor Nanking auf dem Yangtsestrom sieben Kriegsschiffe zusammengezogen. Angeblich wollen sie die Stadt nicht angreifen. (Das haben sie in Schanghai auch gesagt.) Havas meldet, daß ein chinesisches Heer von 30 000 Mann zur Verteidigung der Stadt aus dem Landesinnern nach Nanking marschiere.

In Schanghai kämpften die Chinesen trotz der japanischen Fliegerbomben mit solcher Todesverachtung, daß die japanischen Truppen in große Gefahr gerieten und sich zurückziehen mußten. Es wurde darauf ein mehrstündiger Waffenstillstand geschlossen.

Die angebliche Kriegserklärung

Nanking, 1. Febr. In der Sitzung der obersten chinesischen Führer, darunter Tschiangkaiſchek, die am Samstag in Nanking stattfand und die dem Neutermeldung die Veranlassung zu seiner vorzeitigen Meldung von der Kriegserklärung gab — die übrigen Japan sehr geneigt hat — wurde einstimmig beschlossen, den Verteidigungskrieg gegen Japan aufzunehmen, jedoch ohne Kriegserklärung.

Japan über die Ereignisse in Schanghai

Tokio, 1. Febr. Die japanische Presse äußert sich — und sie gibt dabei ohne Zweifel die amtliche Auffassung wieder — sehr scharf über den Beschluß des Völkerbundsrats, daß dem japanischen Einbruch in Schanghai gegenüber entsprechend dem chinesischen Antrag der Artikel 15 der Völkerbundscharta anzuwenden sei, der bekanntlich ein Vorgehen der Völkerbundsmächte gegen absichtliche Friedensbrecher vorsieht. Der Beschluß, lagen die Blätter, sei sachlich unberechtigt und politisch höchst bedenklich. Die japanischen Soldaten hätten ausschließlich „chinesische Angriffe abgewehrt“, als sie auf Anordnung des internationalen Stadtrats die von Tausenden von Ausländern bewohnte Zone von Schanghai besetzten. Der Zwischenfall lasse sich mit den Vorgängen in der Mandchurei nicht vergleichen. Die Schanghai-Frage sei lediglich von „augenblicklicher“ und „lokalen“ Bedeutung, sie werde vom Völkerbundsrat aber offenbar ungeheuer überschätzt. Es bestehe keine Gefahr eines Kriegsausbruchs zwischen Japan und China, der allein die Voraussetzung für die Anwendung des Artikels 15 und der daraus sich ergebenden Sanktionen bilden sollte. Der Beschluß des Völkerbundsrats lasse vollkommen die Tatsache außer acht, daß der Völkerbund bei der englisch-amerikanischen Beschießung Nankings im Jahr 1927, die einen viel schlimmeren Gewaltakt dargestellt habe, nicht eingeschritten sei. Der übereilte Beschluß des Völkerbundsrats sei für Japan unbegreiflich; die Beziehungen Japans zum Völkerbund seien dadurch schwer gefährdet.

Japanische Erklärungen über die Lage

Tokio, 1. Febr. Von japanischer Seite wird halbamtlich mitgeteilt: Der amerikanische Botschafter wird im Lauf des heutigen Nachmittags den neuen japanischen Minister des Auswärtigen wiederum besuchen, um zu versuchen, die Mißverständnisse zu klären, die infolge sich widersprechender Nachrichten über die Lage in Schanghai entstanden zu sein scheinen. Die japanische Regierung habe mit Befriedigung die Nachricht von der Entsendung britischer und amerikanischer Verstärkungen nach Schanghai aufgenommen. Das Kriegsministerium würde wahrscheinlich mindestens eine Division dorthin entsandt haben, wenn es nicht befürchtet hätte, daß eine derartige Maßnahme vom Ausland hätte „unrichtig ausgelegt“ werden können. Der stellvertretende sowjetrussische Volkstommissionar des Auswärtigen, Karachan, habe ferner dem japanischen Botschafter in Moskau mitgeteilt, daß die Sowjetunion sich gezwungen sehen würde, gegen einen japanischen Einmarsch in Charbin Beschwerde einzulegen. Man glaube aber in Tokio, daß diese Beschwerde nur „technische Fragen“ betreffe, da die Sowjetunion sich bereit erklärt habe, die Beförderung japanischer Truppen auf dem südlichen Abschnitt der Sibirischen Eisenbahn zu gestatten.

Wie aus Charbin gemeldet wird, haben die japanischen Militärbehörden beschlossen, den Hauptteil der japanischen Kräfte in der Mandschurei um Charbin zu versammeln, da die Tätigkeit des chinesischen Befehlshabers der Sibirischen Eisenbahn-Schutztruppen eine „erste Lage geschaffen“ habe.

Neuer amerikanischer Einspruch in Tokio

Washington, 31. Jan. (Reuter.) Die amerikanische Regierung hat einen weiteren Protest an Japan gesandt. Er bezieht sich auf den allgemeinen Grundsatz der Verletzung internationaler Rechte durch den japanischen Einfall in Schanghai. Es wird angenommen, daß Großbritannien einen ähnlichen Schritt tun wird.

Präsident Hoover hat die Entsendung von 1400 Soldaten, 6 Zerstörern und einem Kreuzer nach Schanghai angeordnet. Damit wird die amerikanische Besatzung in der Niedertaffung in Schanghai 2800 Mann stark sein.

Neue Nachrichten

Rheinabens Rundfunkrede

Genf, 1. Febr. Freiherr v. Rheinbaben, Mitglied der deutschen Abordnung zur Abrüstungskonferenz, die morgen nachmittag 4.30 Uhr eröffnet werden soll, sprach gestern im Rundfunk über den deutschen Standpunkt in der Abrüstungsfrage. Er führte u. a. aus: Die Lage Deutschlands ist der beste Beweis, daß der Weltkrieg immer noch nicht beendet ist. Zwei Haupthindernisse stehen der freien und unabhängigen Entwicklung der deutschen Nation entgegen: Reparationszahlungen, deren weitere Bezahlung sich als unmöglich erwiesen hat, und die ständige Bedrohung durch übergrüßte Nachbarn. Deutschland hat das Recht, auf Grund des Versailler Vertrags zu verlangen, daß die Siegerstaaten ebenso und nach den gleichen Methoden abrüsten, wie es Deutschland getan hat. Ein Rüstungsabkommen, das die bisherige Unterordnung in den Rüstungen aufrechterhält, ist für Deutschland unannehmbar.

Die Rede wurde, wie amtlich berichtet wird, nach Amerika übertragen und hat dort einen guten Eindruck gemacht.

Der mittelparteiliche Ausschuß

Berlin, 1. Febr. Oberbürgermeister Dr. Sahm, Berlin, hat einen Ausschuß für die Beireitung der Wiederwahl Hindenburgs gebildet, der vom bayerischen Privatausschuß unterstützt wird. Der hierzu ebenfalls eingeladene Stahlhelm hat den Beitritt abgelehnt mit der Begründung, weder sahme Dr. Sahm die geeignete Persönlichkeit für die Leitung eines solchen Ausschusses zu sein, noch erschiene dieser Ausschuß überhaupt geeignet für die Behandlung der Präsidentschaftsfrage, denn er sei fast ausschließlich aus Persönlichkeiten der Mittelparteien gebildet.

Hindenburg besucht die „Grüne Woche“

Berlin, 1. Febr. Reichspräsident v. Hindenburg stattete heute vormittag der „Grünen Woche“ seinen Besuch ab. Er wurde von Reichsminister Schiele, dem Vor-

sitzenden der landwirtschaftlichen Körperschaften, und dem Vorsitzenden des Reichs Jagdbundes, Herzog Adolf Friedrich zu Mecklenburg, begrüßt.

Bredt bei Brüning

Berlin, 1. Febr. Der Reichskanzler empfing heute vormittag die Führer der Wirtschaftspartei Prof. Dr. Bredt und den Abgeordneten Kollath.

Hirtlenbrief gegen Frau Ludendorff

Regensburg, 1. Februar. Von den Kirchenkanzeln der Diözese Regensburg wurde am Sonntag ein Hirtlenbrief des Bischofs verlesen, der sich mit dem Buch „Erlösung“ von Frau Ludendorff beschäftigt. Der Bischof sagt, selten sei ein Buch geschrieben worden, das den Gottesohn so unwürdig, wegwerfend und verächtlich behandle.

Neue Bluttaten

Dortmund, 1. Februar. In einer nationalsozialistischen Versammlung kam es zu Störungen und Schlägereien durch Kommunisten. Nachdem die Kommunisten durch Landjäger aus dem Saal gedrängt waren, konnte die Versammlung zu Ende geführt werden. Die Kommunisten zogen in Richtung Dortmund-Loh ab. Dort kam es dann zu einem blutigen Zusammenstoß, bei dem 2 Personen erschossen und eine schwer verletzt wurden.

Rücktritt Reichs

Wien, 1. Febr. Der Präsident der Oesterreichischen Nationalbank, Reich, ist zurückgetreten. Auch der Generaldirektor Brauneis wird ausscheiden. Als ihre Nachfolger werden der frühere Finanzminister Kienböck und Joseph Redlich genannt.

Württemberg

Vertreterversammlung der Deutschen Volkspartei

Stuttgart, 1. Febr. Am Samstag fand hier eine Vertreterversammlung der Deutschen Volkspartei statt, in der der Landesvorsitzende, Staatsrat Rath, einen Ueberblick über die politische Lage gab. Er führte u. a. aus: Die Trennung der Partei vom Kabinett Brüning könne nicht dazu führen, dem Kabinett in dem Augenblick Schwierigkeiten zu bereiten, wo es sich in einem schweren außenpolitischen Waffengang befindet. Auf dem Gebiet der Reichsinnenpolitik sei man entschlossen, jeder Ausdehnung der Zuständigkeit des Reiches entgegenzutreten. Das nationalsozialistische Wirtschaftsprogramm stehe in schärfstem Gegensatz zu den Anschauungen der Deutschen Volkspartei. Ebenso sei es mit der Steuerpolitik. Eine so große Partei wie die NSDAP, aber von der Mitverantwortung auszuschließen, steigere nur ihren Auftrieb. Die Regierung Brüning sei mit fast allen ihren Maßnahmen zu spät gekommen, als bereits ein Trümmerfeld vorhanden war und es kaum noch etwas zu retten gab. Mit aller Kraft müsse man sich für die Wiederwahl Hindenburgs einsetzen. Der Vortrag wurde mit starkem Beifall aufgenommen. Einstimmig wurde ein selbständiges Vorgehen bei den Landtagswahlen beschlossen. Als Spitzenkandidat wird wieder Staatsrat Rath aufgestellt.

Stuttgart, 1. Februar.

Wegen des steigenden Ueberangebots im mittleren Verwaltungsdienst hat das Ministerium des Innern angeordnet, daß Bürgermeisterämter und Verwaltungsaktuarie im Jahr 1932 die Zulassung von geprüften und ungeprüften Anwärtern für den Vorbereitungsdienst nur beantragen sollen, wenn neben dem unabweisbaren dienstlichen Bedürfnis nachgewiesen wird, daß es ihnen unmöglich ist, einen Gehilfen oder Verwaltungspraktikanten auch nur vorübergehend zu beschaffigen.

Staatliche Anerkennung von Wohlfahrtspflegerinnen. Auf Grund des § 16 der Verfügung des Innenministeriums, betreffend die staatliche Prüfung von Wohlfahrtspflegerinnen, sind im Kalenderjahr 1931 als Wohlfahrtspflegerinnen staatlich anerkannt worden: für das Hauptfach gesundheitliche Fürsorge 18, für das Hauptfach Jugendwohlfahrtspflege 7 und für das Hauptfach wirtschaftliche Fürsorge 20 Prüflinge.

Sozialdemokratische Kandidaten zum Landtag. Die Kreisgeneralversammlung der Sozialdemokratischen Partei für den dritten Wahlkreisverband hat an die ersten beiden Stellen der Kandidatenliste für den Landtag Wilhelm Keil und Emil Schuler gesetzt. Auf der Reutlinger Wahlkreisversammlung der Oberämter Reutlingen, Herrenberg,

Münsingen, Urad, Nottensburg und Tübingen wurde der bisherige Abgeordnete B. Heymann wieder als Spitzenkandidat gewählt. Für die Bezirksliste Tübingen wurde der kaufmännische Angestellte Stadtrat Kalbfell (Reutlingen) an erster Stelle gesetzt, für den Bezirk Reutlingen steht er an zweiter Stelle. Die Kandidaten der einzelnen Oberämter werden noch von einem Wahlauschuß bestimmt. Die Kreisversammlung beschloß, den Abgeordneten Kais (Reutlingen) wieder der Landesliste zu empfehlen.

Jahresversammlung des Landesverbands Württemberg des Vereins für das Deutschtum im Ausland. Der Landesverband Württemberg des Vereins für das Deutschtum im Ausland (V.D.A.) hielt am Sonntag vormittag im Stadtpark unter starker Beteiligung von Vertretern aus dem ganzen Land seine Jahresversammlung ab. Der Vorsitzende, Generalmajor a. D. Klotz, begrüßte zunächst die erschienenen Ehrengäste. Reichswehrminister a. D. Dr. Geyler betonte in einer kurzen Ansprache, daß die Arbeit für das Auslandsdeutschtum gerade jetzt zu leisten sei. Bei Erstattung des Jahresberichts konnte der Vorsitzende trotz des Rückgangs der Einnahmen einen befriedigenden Fortgang der Arbeiten feststellen. Vier neue Ortsgruppen sind gegründet worden, außerdem zwei Jungmädchengruppen. Auch die Zahl der Schulgruppen hat sich auf 123 vermehrt. Hauptaufgabe der Schulgruppen in Württemberg soll in diesem Jahr die Verbreitung des V.D.A.-Gedankens in den Volksschulen sein. Studienassessor Planch-Stuttgart hielt einen sehr eindrucksvollen Vortrag über „Das deutsche Volkstum in Südrussland“. Beschlössen wurde, am 5. Juni d. J. in Stuttgart eine große V.D.A.-Kundgebung zu veranstalten, an die sich eine Werbeweche anschließen soll.

Frauentagung gegen die Kriegsschuldfrage. Bei einer machtvollen Kundgebung gegen die Kriegsschuldfrage, an der sich zahlreiche Frauen und Männer beteiligten und wobei 15 württ. Frauenvereine vertreten waren, wurde eine Entschließung angenommen, die an die württ. Regierung die dringende Bitte richtet, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß der Kampf gegen die Kriegsschuldfrage, die eine Ursache der deutschen Not ist, amtlich aufgenommen wird.

Milchpreisenkung. Ab 1. Februar kostet Allgäuer Deutscher-Milch in Stahlflaschen statt 35 Pfg. das Liter 34 Pfg. — Rohmilch von der Gutschmiederei der Landw. Hochschule in Hohenheim und vom Berkeimer Hof kann jetzt durch sämtliche Stuttgarter Milchhandelsgeschäfte bezogen werden.

Zusammenstoß. Beim Biergiebelweg stieß ein schweres Personenauto mit voller Wucht auf einen Straßenbahnwagen. Bei letzterem wurden sämtliche Fenster scheiben zerschmettert und die Plattform eingedrückt. Auch das Auto wurde stark beschädigt. Der Schaffner wurde im Gesicht verletzt.

Preisermäßigung im Planetarium. Ab 1. Februar sind im Planetarium sämtliche Eintrittspreise um durchschnittlich 20 Prozent ermäßigt.

Aus dem Fenster gestürzt. Heute vormittag stürzte in einem Hause der Forststraße eine acht Jahre alte Schülerin aus dem Abortfenster des 4. Stockwerks in den Hof. Sie trug einen schweren Schädelbruch davon und mußte in das Kinderhospital aufgenommen werden.

Beleidigungsfrage. Der Stiefsohn des Generals Ludendorff, der in Stuttgart lebende 35 J. a. ledige Kaufmann Heinz Kernet, hatte sich vor dem hiesigen Gericht wegen Beleidigung zweier Mitglieder des Tannenbergsbunds in Stuttgart zu verantworten. Diese hatten im Auftrag des Generals in einer Streitsache wegen dessen früherer Ehe eine Unterredung, über die sie General Ludendorff berichteten. Kernet warf ihnen wegen dieses Berichtes nachträglich Verlogenheit vor. Kernet wurde zu 60 Mk. Geldstrafe oder sechs Tagen Gefängnis verurteilt.

Feuerbach, 1. Febr. In der Kirche vom Herzogschlag getroffen. Während des Gesangottesdienstes in der Friedenskirche wurde gestern abend Kaufmann Jakob Schwarz, Inhaber eines Trikotgeschäftes, unerwartet aus dem Leben abberufen. Nach dem Dratoriumsvortrag hielt Schwarz noch eine Ansprache. Während dieser erlitt er einen Herzschlag, der nach wenigen Minuten seinen Tod herbeiführte.

Aus dem Lande

Ludwigsburg, 1. Febr. Jugendliche Abenteuer. Von der Warenauslage eines Geschäfts in der oberen Stadt entwendeten drei Buben am Samstag abend Feigen. Der Ladeninhaber erwiderte rechtzeitig den Diebstahl, hielt die Burschen fest und benachrichtigte die Polizei. Letztere konnten aber nur noch zwei übergeben werden, weil einer

Ursula Drenck

Geschichte einer Liebe von Paul Grabein.
Copyright 1930 by Romandienst „Digo“, Berlin W. 30.
16. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

„Bitte — ich wünsche eine Antwort!“ herrschte sie der Major an. Noch nie hatte er so hart, mit herrlicher Kommandostimme die Tochter angelassen — solange sie denken konnte.

Trotz all der Stumpfheit ihrer wunden Seele empfand Ursula schmerzlich diesen Ton, und ein bitterweher Zug schlich sich um ihre herb geschlossenen Lippen.

Freilich, sie wußte ja: der Vater verzichtete ihr nicht, daß sie ihm das angetan hatte, daß zum zweiten Male seinem Hause, seinem Namen ein Makel angeheftet worden war, erst durch die Frau, nun durch die Tochter. Nach seinen strengen Ehrbegriffen war die Tatsache, daß die Verlobung — zumal in diesem ganzen Zusammenhange — zurückgegangen war, ein schwerer Makel; denn nach seinem ersten großen Unglück hatte er um so ängstlicher seine Ehre, seinen Ruf bei den Menschen gehütet. Und Drenck hielt, nach seinen ganzen Mannesanschauungen, die Tochter für die weitaus mehr, ja fast einzig Schuldige. Sie hatte, wie sie selbst ihm ja eingestanden, Jörg durch ihr Benehmen herausgefordert und die beiden Männer aufeinander gehetzt, die nach den Ehrbegriffen ihres Standes nun das tun mußten, was geschehen war. Für den unseligen Ausfall war Jörg nicht verantwortlich zu machen, und nun hatte Ursula noch obendrein — um alles zu krönen — ihrerseits dem Verlobten den Laufpaß gegeben!

„Kannst du nicht reden? Ich will wissen, wie du dir die Zukunft denkst!“ herrschte der schwer erregte Mann die

Tochter an. „Dein Verlobter kann doch nicht einfach spurlos verschwunden sein?“

Ursula sandte einen kurzen, stehenden Blick zu dem Vater auf: hab doch einen Funken Mitleid mit mir! Wenn du ahntest, wie mein Inneres zerrissen ist! — Aber Drencks Miene blieb unerbittlich hart. Da sagte sie leise, müde:

„Ich weiß nicht Vater. Ich habe darüber noch nicht nachgedacht.“

„Es wird aber die höchste Zeit!“ Jörnrote schoß Drenck ins Gesicht. „Sollen die Menschen vielleicht erst anfangen, sich die Sache auf ihre Weise zu erklären? Ein angeschossener Vetter, den die Braut aufopfernd pflegt, und ein Bräutigam, der dankend auf diese Braut verzichtet und davon geht — ich denke, die Leute brauchen sogar nicht erst groß zu suchen.“

Vater! Totenblat war das Mädchen geworden, die Mäharbeit entsank ihren zitternden Händen, und sie fuhr empor. „Wenn du das denkst — ich werde aus dem Hause gehen, noch heute.“

„Unfinit!“ trat ihr Drenck entgegen. „Mit solchen Überspanntheiten wird die Sache um nichts besser. Nein! Was ich will, ist das: Du sollst die Leute nicht wegweisen, wie heute; empfange sie doch zu jeden Bekannten und ihm selber sagen, daß ihr euch getrennt habt — in richtiger Weise natürlich.“

Ursula fuhr zusammen.

„Vater, alles, nur das nicht!“ Und sie hob flehend die Hände zu dem Major. „Erspar mir doch das wenigstens!“ Aber des Vaters Miene blieb unerbittlich. Da flegte sie weiter: „Es ist ja keine Ueberspanntheit, Vater, sondern mein voller Ernst. Laß mich fort von hier — daß ich dir aus den

Augen komme und den Leuten. Dann wird das Gerede schon von selbst bald aufhören.“

Ein leises Zittern bebte in ihrer Stimme. Der Major sah sie an, wie sie, im Innersten gebrochen, blaß und gequält, ihn mit ihren todtraurigen Blicken ansahete.

„Und wie denkst du dir dieses Fortgehen?“

„Ich möchte Diakonisse werden, Vater. Wenn du mir nur die Mittel geben wolltest, — wenn du es könntest — mich außerhalb in einem Diakonissenhause das Lehrjahr zu unterhalten, nachher würde ich ja deine Opferwilligkeit nicht mehr in Anspruch zu nehmen brauchen.“

Die hoffnungslose Entsagung in ihrer Stimme ließen in Drenck ein weiches Empfinden aufsteigen. Etwas wie Mitleid mit ihrer zerbrochenen Jugend kam über ihn. Er räusperte sich ein paarmal, lehrte sich von ihr ab, um ihr sein Gesicht nicht zu zeigen, und ging so eine Weile im Zimmer auf und ab. Dann blieb er plötzlich stehen, schüttelte den Kopf und drehte sich scharf auf dem Absatz zu ihr herum.

„Nein, nein! — Ist ja doch alles Unsinn!“ Und er kam näher zu der Tochter. „Das verlangt kein Mensch von dir, daß du dich lebendig im Krankenhaus begraben sollst. Bewiß, du hast gefehlt. Aber was der Mensch auch gefehlt hat, das kann er wieder gutmachen. Und das sollst du — nichts weiter!“

Ursula sah fragend zu ihm auf, mit einem trostlosen, müden Ausdruck. Wie ging das wohl je wieder gutzu machen, was sie getan hatte?

„Was soll ich tun, Vater?“

Der Major antwortete nicht gleich. Das „Wie“ hatte er sich selbst noch nicht klargelegt.

(Fortsetzung folgt).

Darlehensausstattung.

Die Öffentliche BauSparkasse Württemberg in Stuttgart, eine Einrichtung des Württembergischen Sparkassen- und Giroverbands und der öffentlichen Sparkassen von Württemberg und Hohenzollern hat aus Anlaß ihrer 8. Darlehensvergebung am 23. Januar 1932 weitere 133 Verträge mit der Gesamtvertragssumme von RM 899 000.— zugeweiht. Die Zugeweihten haben folgende Wartezeiten zurückgelegt:

Monate Wartezeit	Zahl der Verträge	in 1000 RM Vertragssumme RM
3	4	14
6	2	5
9	11	83
10	1	5
11	1	3
12	53	425
13	2	16
15	21	130
18	5	24
20	2	8
21	17	92
22	1	5
24	13	89

In den 2 Jahren seit Bestehen hat die Öffentliche Bau-Sparkasse Württemberg nunmehr 481 Verträge mit RM 3 193 000.— Vertragssumme zugeweiht. Ihr Vertragsbestand übersteigt 23 Millionen RM. Trotz der schlechten Wirtschaftslage sind sowohl die Neuzugänge wie die Geldeingänge überraschend groß.

Fußball am Sonntag

HSV. Wildbad I — FC. Connweiler I 3:3.
II. Mannschaften 0:3.

Der Arbeitersportverein hatte am Sonntag den Fußballklub Connweiler zu Gäste. Connweiler lieferte ein schönes Spiel. Die Anfangsminuten des Spieles gehörten der Gästemannschaft, die in den ersten 10 Minuten 2 Tore für sich buchen konnte. Wildbad findet sich dann besser zusammen, konnte aber in der ersten Halbzeit nichts erzielen, jedoch in der Pause das Resultat 2:0 für Connweiler stand. Nach Beginn der zweiten Spielhälfte sieht man die Einheimischen überlegen. Angriff auf Angriff gegen das Gästetor folgte, bis endlich der Connweiler Torhüter den Ball, der vom Halbrechten geschossen, aus dem Netz holen mußte. Kurze Zeit darauf konnte der Mittelläufer das 2. Tor schießen, so daß das Resultat 2:2 stand. 20 Minuten vor Schluß stellte Connweiler das Resultat auf 2:3, aber Wildbad gibt sich noch nicht geschlagen und stellte 5 Minuten später den Ausgleich wieder her. Wenn Wildbad die am Sonntag gezeigte Form beibehält, so kann es ruhig den nächsten Verbandsspielen entgegensehen. Es sei hier den beiden Spielern Rechts- und Linkläufer ans Herz gelegt, in Zukunft den Ball schneller hereinzugeben und mehr Energie zu zeigen. Schiedsrichter Scheuer leitete das Spiel gut. II.

Um die Süddeutsche Meisterschaft

Stand vom 31. Januar:

Gruppe Südost:

SpBgg.	Fürth	4 Spiele	5 Punkte
FC. Pforzheim	4	5	"
1. FC. Nürnberg	4	5	"
1860 München	4	5	"
Bayer. München	4	4	"
Karlsruher SV.	4	4	"
SV. Raftath 04	4	2	"
SV. Stuttgart	4	1	"

Württembergische Landestheater

Die diesjährige Gesamtauführung von Wagners „Ring des Nibelungen“ findet statt am Samstag, 12. März; Rheingold; Sonntag, 13. März; Walküre; Mittwoch, 16. März; Siegfried; Sonntag, 20. März; Götterdämmerung.

Handel und Verkehr

Die wirtschaftliche Lage in Württemberg

Der Württ. Industrie- und Handelsstag berichtet über die wirtschaftliche Lage im Monat Januar. Die allgemeine Wirtschaftslage in Württemberg hatte durch das Weihnachtsgeschäft eine gewisse Belebung erfahren. Diese war jedoch nicht ausreichend, die stetige Verminderung der wirtschaftlichen Tätigkeit auszugleichen oder gar aufzuhalten. Als besonderes Merkmal der Entwicklung im ersten Monat des Jahres kann die auffallende Zunahme der wirtschaftlichen Unsicherheit bezeichnet werden. Allgemein, mit Ausnahme einiger weniger Zweige der Textil-Industrie, ist eine wachsende Zurückhaltung der Abnehmer zu beobachten. Die Ansätze für das Frühjahrsgeschäft sind noch sehr gering. Ueber die Auswirkungen der Preisentzugs-Notverordnung auf das Geschäftsleben kann auf Grund der bisherigen praktischen Erfahrungen gesagt werden, daß diese nicht nur eine sehr starke

Störung in das gesamte Preiswesen gebracht haben, sondern vielfach auch zu sehr erheblichen Erschütterungen der Substanzverhältnisse geführt haben. Die Kaufkraft des Binnenmarktes ist bis jetzt dadurch noch nicht gestärkt worden. Dem Preisdruck steht keine Erleichterung der öffentlichen Belastungen gegenüber. Durch die Erhöhungen und Rückgänge der Ausfuhr werden immer mehr Waren auf den deutschen Markt gedrängt, die dieser bei der allgemeinen Kaufkraftminderung, besonders auch der der Landwirtschaft, trotz des vorhandenen Bedarfs aufzunehmen nicht in der Lage ist. Die allgemeine wirtschaftliche und besonders außen- wie innenpolitische Unsicherheit verschärfen die Lage.

Die Einschränkung des Hopfenbaus

Der deutsche Hopfenbau-Verband hat zu den in Saaz geführten Verhandlungen wie folgt Stellung genommen: Eine Voraussetzung für die Ordnung der Absatzverhältnisse im Hopfenbau bildet die Anpassung der Erzeugung an den Bedarf. Diesem Zweck dienende Anträge werden den Regierungen der beiden Länder zugeleitet. Deutscherseits soll die Anbaufläche auf dem gegenwärtigen Stand belassen werden; für die Tschechoslowakei, die in der Hauptsache auf den Export angewiesen ist, soll darüber hinaus ein gesetzlicher Zwang auf weitere Senkung der Anbaufläche ausgeübt werden. Nach den vom Deutschen Hopfenbauverband an die Reichsregierung bereits geleiteten Anträgen sollen für die Folge Neuanlagen nur mit Genehmigung der zuständigen Verwaltungsbehörde errichtet werden dürfen. Für das laufende Jahr soll jede Erweiterung der Anbaufläche dadurch unterbunden werden, daß Neuanlagen nur gestattet sind, wenn eine entsprechend große Anzahl ausgerodet wird.

Es wurde einstimmig wie in der Tschechoslowakei beschloffen, der Reichsregierung vorzuschlagen, eine Verordnung zu erlassen, wonach jeder Erzeuger von Hopfen gebunden sein soll, seine Ernte ausschließlich an eine Organisation abzugeben, die mit bestimmten gesetzgeregelten Aufgaben zu betrauen wäre. In diese Organisation soll der Handel weitestgehend eingeschaltet werden. Verhandlungen mit dem Handel und der Brauindustrie seien alsbald aufzunehmen. Ausdrücklich wurde festgestellt, daß hierbei nicht an ein Monopol gedacht wird. Die auf diesem Weg zu schaffenden Absatzorganisationen der einzelnen Staaten sollen dann in eine gewisse Gemeinschaft miteinander treten zwecks Regelung der Verhältnisse auf dem Weltmarkt.

Die Durchführung derartiger Maßnahmen bedingt eine gewisse Normierung der Ware. Zu diesem Zweck soll eine tunlichste Angleichung der Herkunftsregeln in Deutschland und der Tschechoslowakei erstrebt werden. Außerdem soll eine gegenseitige Anerkennung dieser Gesetze in den beiden Qualitäts-hopfenbau treibenden Ländern dadurch erreicht werden, daß in beiden Ländern jeder Hopfen, der in den Verkehr gebracht wird, der Herkunftsbezeichnung unterliegen soll. Auch in dieser Frage soll in möglicher Fühlung mit Handel und Brauwelt vorgegangen werden.

Hopfernte im Deutschen Reich 1931

15 650 Doppelpentner sind ungepflückt geblieben

Nach der Schlußschätzung des Statistischen Reichsamts stellt sich die Hopfernte des Jahres 1931 im Deutschen Reich bei einer Erntefläche von 10 249 Hektar auf insgesamt 77 800 Doppelpentner gegenüber 13 071 Hektar bzw. 110 524 Doppelpentner im Jahre 1930. Dies entspricht einem durchschnittlichen Hektarertrag von 7,6 (8,5) Dp. Von dem Hopferertrag des Jahres 1931 sind teils infolge Krankheitsbefalls und Witterung, teils infolge ungünstiger Marktlage im ganzen nach Schätzung der Hopfenberichterstattung 15 650 Dp. ungepflückt geblieben, und zwar in Bayern 13 823 Dp., in Württemberg 1155 Dp., in Baden 635 Dp. und in den übrigen Gebieten 37 Dp.

Besseres Hopfengeschäft. Auch in letzter Berichtswache zeigte sich wieder größerer Bedarf, so daß ein Wochenumsatz von nahezu 250 Ballen zustandekam. Die Nachfrage richtete sich in der Hauptsache wieder auf Hallertauer mittlerer Qualität. Gebandelt wurden auch einige kleine Posten prima Tettlinger zu 75 RM. und mittlere Gebirgshopfen zu 25 und 30 RM. Die Wochenzufuhr erreichte knapp 80 Ballen. Bei Wochenabschluss notieren nach amtlicher Feststellung: Hallertauer prima 45—60 (mittel 35—42), Tettlinger 75—80 (55—70), Spalter 55—70 (40—50), Herbrucker Gebirg 40—50 (25—35), bad. Hopfen 50—55 (35—45) RM. d. Jtr. Wochenabschlusstimmung: ruhig bei festen Preisen.

Reichs-Kraftwagentarif ab 10. Februar

Der Reichsverkehrsminister hat angeordnet, daß zum 10. Febr. folgender Reichskraftwagentarif in Kraft tritt: Klasse A: Alle Güter, die nach dem deutschen Eisenbahnzütarif in Klasse A gefahren werden; Klasse B: Alle übrigen Güter. Beide Klassen zusätzlich 5 Prozent Bedeckungszuschlag. Die Berechnung von Rebenkollenzuschlägen für Ladungen von weniger als 10 bzw. 5 Tonnen erfolgt nach den gleichen Grundfähen wie bei der Reichsbahn. Für Sendungen bis zu 100 Kgr. entspricht der Kraftwagentarif dem Stückguttarif. Gebrauchte Postmittel werden wie bei der Reichsbahn zur halben Tarifracht befördert.

Die Reg- und Bezirkskarten — ein Erfolg. Mit Beginn des neuen Jahres sind von der Reichsbahn bekanntlich die neuen Reg- und Bezirkskarten eingeführt worden. Es wurden im Bezirk der Direktion Stuttgart bis zum 20. Januar d. J. 535 Reg- und Bezirkskarten verkauft. Davon entfallen auf Regkarten (große): 13 Karten 2. Klasse und 186 Karten 3. Klasse, darunter ist das Reg 10 — Süddeutschland — am stärksten beliebt. Dieses Reg umfaßt ganz Württemberg, Baden, die Pfalz und einen Teil von Hessen.

Berliner Pfandkurs, 1. Febr., 14,46 G., 14,50 B.
Berliner Dollarkurs, 1. Febr., 4,269 G., 4,217 B.
Privatdiskont 7 v. H. kurz und lang.
Württ. Silberpreis, 1. Febr., Grundpreis 44,50 RM. d. Kgr.

Die neuen schwedischen Zuckergattungen, die hauptsächlich sogenannte Luxusartikel in weiterem Umfang treffen, sind am 1. Februar in Kraft getreten. Die vorläufigen Einfuhrverbote werden gleichzeitig aufgehoben.

Verminderung der aufgelagerten Tonnage in Hamburg. Zum Jahresbeginn waren im Hamburger Hafen noch 175 Schiffe mit 720 000 Bruttoregistertonnen unbenützt. Im Januar wurden davon 30 Schiffe mit rund 100 000 Tonnen, davon die Hälfte ausländische Schiffe, wieder in Fahrt gesetzt. Gegenwärtig liegen noch 15 ausländische Schiffe unbenützt in Hamburg; Die ruhenden deutschen Schiffe sind meist Hamburger.

Bad Mergentheim G. m. b. H. Am Freitag nachmittag fand in Bad Mergentheim eine Gemeinderatsversammlung statt, an der auch der Bezirksrat teilnahm. Nach eingehenden Verhandlungen über eine neue Badgesellschaft ist die Einigung über den Vertragsentwurf gelungen, dem sowohl der Bezirksrat wie der Gemeinderat zustimmte. Die neue Gesellschaft wird Bad Mergentheim G. m. b. H. heißen.

Die Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine hatte im Jahr 1931 einen Umsatz von 428,4 (im Vorjahr 495,25) Mill. RM.

Zusammenhänge. Die A. W. Faber Castell-Weißbleistiftfabrik AG., Stein bei Nürnberg, die Bleistiftfabrik vorm. Johann Faber AG., Nürnberg, und die Kohlenoor-Weißbleistiftfabrik L. u. C. Hardtmuth haben sich zu einer Betriebsgemeinschaft zusammengeschlossen.

Konkurse und Vergleichsverfahren im Januar 1932. Nach Mitteilung des Statistischen Reichsamts wurden im Januar 1932 durch den Reichsanzeiger 1128 neue Konkurse — ohne die wegen Wassermangels abgelehnten Anträge auf Konkursöffnung — und 751 erfolglose Vergleichsverfahren bekanntgegeben. Die entsprechenden Zahlen für Dezember 1931 stellten sich auf 1178 bzw. 864.

Zahlungseinstellungen. Stahlgroßhandlung Ed. Dunkelberg, Leipzig. Verbindlichkeiten 1 Million Mark. — Tabak- und Weinhandlung G. R. Holz. Frankfurt a. M., gearündet 1851. Verbindlichkeiten 1,2 Mill., Vermögenswerte 0,75 Mill. RM.

Stuttgarter Landesproduktionsbörse. Auf dem Getreidemarkt sind in abgelaufener Woche keine wesentlichen Veränderungen eingetreten. Die Stimmung bleibt fest bei schwachem Angebot von inländischem Weizen und Roggen. Es notierten je 100 Kilo württ. Weizen 23,25—25,25 (am 25. 1. 22,75—25), Sommergerste 18,50 bis 20 (unw.), Futtergerste 16,50—18 (unw.), Roggen 21,50—22,50 (unw.), Hafer 14—16 (unw.), Weizenheu 4,50—5 (5—5,50), Klebeheu 5,50—6 (5,50—6,50), drahtgepreßt Stroh 3,50—4,50 (unw.), Weizenmehl 39—39,50 (38,50—39), Brotmehl 31—31,50 (30,50—31), Kleie 8,50—9 (unw.) RM. — Der diesjährige Frühjahrssaatzmarkt findet am 8. Februar 1932 von vormittags 10 Uhr ab im Lokal der Börse, Handelskammergebäude, Kanlzleistr. 35, statt. Zum Verkauf kommt nur anerkanntes Saatgut, das zuvor untersucht und auf Keimfähigkeit geprüft wurde.

Der durchschnittliche Roggenpreis an der Berliner Börse betrug in der Woche vom 11. bis 16. Januar 1932 19,78 RM. je Dqtr. ab märktischer Station.

Märkte

Die Großhandelsmehlzahl für Vieh vom 27. Januar ist mit 63,1 gegenüber der Vorwoche weiter um 2,3 v. H. gesunken. Futtermittel 92,6 (92,4), Vieherzeugnisse (Butter usw.) 91,2 (90,0), Koble 117,3 (117,3), Metalle (außer Eisen) 57,6 (57,9), Häute und Leder 67,8 (68,4), Textilwaren 66,7 (66,8), künstliche Düngemittel 70,9 (70,9), industrielle Fertigwaren 124,2 (125,4).

Veihpreise. Kirchheim u. T.: Ruhfähe 300—400, Schlachtlämme 150—200, Rinder 150—300, Kalbeler 300—400, Ochsen 250—400. — Ravensburg: Antellrinder 80—250, trachtliche Kühe 200—350, Milchkuhe 190—350, hochträgliche Kalbeler 260—360, fähtbar trachtliche 220—250 M.

Schweinepreise. Balingen: Milchschweine 8—15. — Crailsheim: Käufer 25—30, Milchschweine 9—16. — Giengen a. d. Br.: Saugschweine 9—13, Käufer 25—30. — Göggingen: Milchschweine 8—14, Käufer 15—40. — Herrenberg: Milchschweine 11—17. — Ithofen: Milchschweine 8—15. — Künzelsau: Milchschweine 9 bis 16. — Marbach: Milchschweine 9—14. — Rottweil: Milchschweine 9—16. — Schömberg: Milchschweine 7—14. — Trofinggen: Milchschweine 12—18. — Boplingen: Milchschweine 10—15, Käufer 20—30. — Kirchheim u. T.: Milchschweine 10—16, Käufer 25—45. — Ravensburg: Ferkel 12—20, Käufer 30. — Saulgau: Ferkel 12—17 M.

Fruchtpreise. Balingen: Hafer 8,20, Gerste 9,40, Weizen 12,50. Crailsheim: Dinkel 8,80, Weizen 11,25—11,50, Roggen 10,50, Gerste 9 Mark. — Giengen a. d. Br.: Weizen 11,50—12, Gerste 8,30—9, Roggen 10,20—10,60. — Tübingen: Weizen 11,50—13,75, Dinkel 9,20, Gerste 9—10, Hafer 7,50—8,50. — Winnenden: Weizen 11,80 bis 12,20, Hafer 7,60—8,30, Gerste 9,30—9,50, Roggen 11,30—12. — Ellwangen: Weizen 12, Roggen 10,30—10,60, Gerste 8,70 bis 8,90, Hafer 7,50—8,50. — Heidenheim: Kernen 12,80—12,90, Weizen 11,10—11,70, Hafer 7,40, Roggen 10,40. — Nagold: Weizen 12—13, Gerste 9—10, Hafer 7,60—8, Aderbohnen 9. — Ravensburg: Korn neu 13, Weizen alt 9,25—9,50, Weizen neu 11,90—12,25, Roggen 10,50, Gerste 9,25—9,45, Hafer alt 8,50—8,70. — Reutlingen: Weizen 13—14, Dinkel 7, Keimlinsen 13, Gerste 7,80 bis 9,40, Hafer 7,50—8,20, Saatgerste 10,50. — Ulm: Weizen 10 bis 12,20, Roggen 11—11,50, Gerste 8,30—8,90, Hafer 7,60—8,60 M.

Das Wetter

Süddeutschland liegt immer noch im Bereich eines Hochdruckgebiets. Die skandinavische Depressionsgewinnert aber allmählich an Einfluß. Für Mittwoch und Donnerstag ist deshalb zwar noch vorwiegend trockenes, aber mehrfach bedecktes Wetter zu erwarten.

Alldentscher Verband

Ortsgruppe Oberenzthal

Am Donnerstag den 4. Februar 1932, abends 8.15 Uhr, spricht in der Gaststätte Schumacher in Neuenbürg in öffentlicher Versammlung General d. Infant. a. D. Wöllwarth über

Der Krieg der Zukunft

Jedermann ist zu diesem aufklärenden und wichtigen Vortrag herzlich eingeladen.

Eintritt frei.

Ruhfleisch

Pfd. 40 Pfg.

Mezgerei Pfau.

Begräbnisverein Wildbad.

Die jährliche Hauptversammlung

findet am Donnerstag, den 4. Februar, abends 8 Uhr, im alten Volksschulgebäude statt.

Tagesordnung:

- Tätigkeitsbericht.
- Kassenbericht.
- Anträge.
- Wahlen.

Etwaige Anträge bis Mittwoch Abend an den Kassier Herrn Oberlehrer Walz.

Um zahlreichen Besuch bitten

Vorstand und Ausfüh.

Kleine, sonnige Wohnung

in freistehendem, ruhigem Hause vom Spätsommer oder Herbst vom pünktl. zahl. Dauermieterin gesucht. Angebote mit Preisang. unt. B. A. an die Tagblattgeschäftsstelle

Sparen heißt nicht immer

— daß bei sinkenden Ausgaben die Einnahmen gleichbleibend sein müßten! In der Werbung zu sparen, bedeutet Rückgang der Umsätze. Sie haben noch eine gute Verkaufszeit vor sich, sparen Sie also nicht mit den Anzeigen für.

„Wildbader Tagblatt“

Männergesangsverein Liederkrantz

Wildbad.

Stimmgebabe sanftesfreudige Herren, die sich unserem Männerchor anschließen wollen, sind in jeder Singstunde jeweils Mittwoch abends 8 Uhr im Lokal „Alte Linde“ herzlich willkommen.

Rein Trinkzwang!

Der Vorstand.

Die beste Kapitalanlage

ist: Lassen Sie Ihren Kindern eine gründliche Ausbildung angeeignen. — Schicken Sie dieselben in die

Wildbader Musik-Schule
Charlottenstraße 40.

